

Erklärung von Willy Brandt zu den Ergebnissen der Pariser Gipfelkonferenz (22. Oktober 1972)

Legende: Am 22. Oktober 1972 gibt der Bundeskanzler Willy Brandt eine Pressekonferenz über die Ergebnisse der Pariser Gipfelkonferenz vom 19.-21. Oktober 1972.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 24.10.1972, Nr. 148. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Erklärung von Willy Brandt zu den Ergebnissen der Pariser Gipfelkonferenz (22. Oktober 1972)", p. 1761-1762.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_willy_brandt_zu_den_ergebnissen_der_pariser_gipfelkonferenz_22_oktober_1972-de-ee0fa29d-a2e1-40a8-a48f-b038a35a0e62.html

Publication date: 03/07/2013

Erklärung von Willy Brandt zu den Ergebnissen der Pariser Gipfelkonferenz (22. Oktober 1972)

Der französische Staatspräsident, die Regierungschefs der anderen sieben Partnerländer und der Präsident der Europäischen Kommission haben das Ergebnis der Pariser Gipfelkonferenz positiv gewürdigt. Ich möchte aus meiner Sicht und Verantwortung sagen: Die Pariser Konferenz hat mehr gebracht als man noch vor kurzem erwarten konnte.

Mit diesem Treffen nimmt die Europäische Gemeinschaft in ihrer erweiterten Zusammensetzung von neun Staaten mit 250 Millionen Menschen eine Phase sehr viel breiterer Aktivitäten auf als je zuvor. Sie tritt zugleich bewußt und in weltoffenem Geist in die gesamtpolitische Verantwortung ein, die ihr in Zukunft zukommt. Sie führt schließlich - damit wird übrigens die von der Bundesregierung konsequent verfolgte Konzeption von allen übrigen Mitgliedstaaten übernommen - die wirtschaftspolitische Integration in der Gemeinschaft und die politische Zusammenarbeit in der Weise zusammen, daß sie bis zum Ende des Jahrzehnts in der in Paris ins Auge gefaßten Europäischen Union verknüpft werden können.

Im inneren Ausbau haben die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft beschlossen - ich nenne dies bewußt als erstes -, gleichrangig neben dem Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion erste Schritte zu dem zu stellen, was man die „Sozialunion“ nennen könnte. Den vielen Millionen europäischer Arbeitnehmer muß endlich bewußt werden, daß es nicht nur um ein Europa der Geschäfte geht, sondern auch um ein Europa der arbeitenden Menschen und ihrer Lebensqualität. Das von der Bundesregierung hierzu vorgelegte detaillierte Arbeitsprogramm fand eine positive Aufnahme. Es geht nicht nur die Arbeitnehmer, sondern es geht alle an, wie am Beispiel des Umweltschutzes besonders deutlich wird.

In den Beschlüssen der Wirtschafts- und Währungsunion ist unsere eiserne Regel der Pärallelität zwischen Fortschritten in dem einen - also im Wirtschaftsbereich - und in dem anderen Bereich - also dem Währungsbereich - bestätigt worden. Die Staats- und Regierungschefs haben darüber hinaus, weitgehend auf unseren Wunsch hin, zur Wiedergewinnung der Preisstabilität ihren Wirtschafts- und Finanzministern den klaren Auftrag erteilt, auf ihrer kurz bevorstehenden Sitzung in Luxemburg ein konkretes Stabilitätsprogramm zu verabschieden. Es wäre falsch, hier Illusionen aufkommen zu lassen. Aber ich habe doch den Eindruck gewonnen, daß jetzt im Kampf gegen die hohen Preissteigerungsraten - die ja bei den meisten unserer Partner noch höher liegen als bei uns - gemeinsam einiges in die Wege geleitet werden kann.

Der Beschluß, bis zum 1. April des nächsten Jahres den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit zu errichten, stellt nicht zuletzt deshalb ein erfreuliches Ergebnis für die europäische Einigung dar, weil es uns gelungen ist, zu verhindern, daß hieraus etwa eine neue Inflationsquelle entstehen könnte. Der Fonds ist im übrigen keineswegs - niemand hat auch darum gebeten - eine „Absaugvorrichtung“ für deutsche Währungsreserven, wie dieser Tage bei uns in der Bundesrepublik behauptet wurde, sondern ein Instrument zur Erleichterung der Bandbreitenverengung bei den gemeinschaftlichen Wechselkursen - und damit eine Vorstufe zur einheitlichen europäischen Währung von morgen oder übermorgen.

Neue Aktivitäten wird die Gemeinschaft nach den Beschlüssen von Paris nunmehr in der Regionalpolitik, Industriepolitik, Wissenschafts- und Technologiepolitik, Umweltschutzpolitik und in der Energiepolitik aufnehmen. Was bisher im wesentlichen eine Zoll- und Agrarunion war, verbreitert sich damit zu einer vollen Wirtschaftsgemeinschaft. Auch dazu hat die Bundesregierung wesentliche Anstöße geben können.

Für die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen ist seit der Gipfelkonferenz unumstritten, daß Europa seine Kraft als „eigenständiges Ganzes“, wie es im Kommunique heißt, bewußt in den Dienst des Friedens, des sozialen Fortschritts und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit stellen wird. Um dies zu erreichen, wurde die außenpolitische Zusammenarbeit intensiviert und stärker mit der Gestaltung der Außenwirtschaftspolitik in der Gemeinschaft verknüpft.

Die verstärkte weltpolitische Verantwortung manifestiert sich - und Sie können sich vorstellen, daß wir

hierauf besonderen Wert gelegt haben - in Treue zu unseren traditionellen Freundschaften und Bündnissen. Wir haben dafür gesorgt, daß mit Amerika - nicht nur unser Hauptbündnis -, sondern auch unser Haupthandelspartner - ein „konstruktiver Dialog“ eingeleitet wird, ebenso wie im übrigen auch mit weiteren wichtigen Handelspartnern, ich nenne nur Japan und Kanada.

In der Entwicklungshilfe wollen wir durch eine Zusammenfassung – d. h. eine bessere Nutzung - unserer bisherigen einzelstaatlichen Maßnahmen zu vermehrten Leistungen gelangen. Damit und auf andere Weise wollen wir einen Beitrag leisten, um den wachsenden Abstand zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern allmählich zu verkleinern.

Mit den Ländern des europäischen Ostens sind wir gemeinsam im Interesse der Entspannung und des Ausgleichs bereit, gutnachbarliche Beziehungen herzustellen. Die Staats- und Regierungschefs haben dazu für die Gemeinschaft und für ihre Staaten ein Angebot der Kooperation auf der Grundlage der gemeinsamen Handelspolitik gemacht. Auf der geplanten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wollen sie in Abstimmung miteinander tätig werden. Wie ich in Paris, sagte, sehe ich darin eine wichtige Voraussetzung für ein neuzuschaffendes System "vertrauensvoller Koexistenz" zwischen allen Staaten in Europa - unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung.

In der Erklärung von Paris wird auch der Wunsch nach gesteigerten menschlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa ausgesprochen. Ich konnte darauf verweisen, daß wir im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR das gleiche anstreben.

Um die zahlreichen Aufgaben erfüllen zu können, die die Staats- und Regierungschefs den Organen der Gemeinschaft zugewiesen haben, werden diese in ihrer Wirksamkeit gestärkt, in ihrer Arbeitsweise verbessert. Dabei lag für uns - wie für andere - der Schwerpunkt in der Stärkung der Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments, unabhängig von dem Zeitpunkt, zu dem es direkt gewählt sein wird. Rat und Kommission haben Auftrag, hierzu unverzüglich praktische Maßnahmen zu ergreifen.

Gerade im institutionellen Bereich hätten wir uns manches noch besser vorstellen können. Aber auch mit den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs in Paris werden wir einige Schritte vorankommen. Und das ist wichtiger als die bloße Wiederholung von Wunschvorstellungen.

Das europäische Einigungswerk kann sich eben nur etappenweise durch das langsame, aber konsequente Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten vollziehen. Das dürfte allen deutschen Bundesregierungen seit 1949 bewußt gewesen sein. Wenn dazu jetzt von gewisser Seite ganz andere Vorstellungen zu hören sind, so kann das wohl mit den Übertreibungen erklärt werden, die der Wahlkampf mit sich bringt.

Ich habe veranlaßt, daß den Vorsitzenden aller drei Fraktionen des alten Bundestages die offiziellen Texte der Beschlüsse von Paris zur Kenntnis gebracht werden. Leider ist es ja nicht zu jener Vorunterrichtung im Auswärtigen Ausschuß gekommen, die der Bundesaußenminister angeboten hatte.

Jenseits aller Polemik kann ich feststellen: Unter meiner Kanzlerschaft hat für Europa mehr und Konkretes erreicht werden können als unter den beiden vorausgegangenen Bundesregierungen zusammen. Man muß die Gipfelkonferenzen von Den Haag Ende 1969 und von Paris im Herbst 1972 im Zusammenhang sehen.

Die in Den Haag im Dezember 1969 beschlossene Erweiterung der Gemeinschaft hat jetzt bereits ihre Probe bestanden. Die drei neuen Mitgliedstaaten waren in Paris ein belebendes Element. Ihre Verantwortlichen beteiligten sich an den zum Teil sehr weitreichenden Beschlüssen im selben gemeinschaftlichen Geist, wie alle übrigen. Daß eine Zusammenkunft von neun Staats- und Regierungschefs auch schwierige Verhandlungsabschnitte kennt, scheint mir eigentlich selbstverständlich zu sein, und wenn das einmal auf Kosten eines Abendessens geht, dann ist das auch keine Sensation und sogar gut, wenn es der Arbeit zugute kommt.

Wenn man die Dinge in ihren großen Zusammenhängen sieht, dann liegt das bedeutsamste Ergebnis der Gipfelkonferenz darin, daß sich die Staats- und Regierungschefs vorgenommen haben bis zum Ende dieses

Jahrzehnts eine Europäische Union zu errichten - und zwar unter Zusammenfassung der gemeinschaftlichen Integration und der Zusammenarbeit in sonstigen Bereichen und in voller Beachtung der Römischen Verträge. Diese Union ist für die Westeuropäer von einem langfristigen zu einem mittelfristigen Vorhaben geworden und dem messe ich eine ganz große Bedeutung bei.